

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er schein

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Inserentionspreis: die
kleinste Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illust. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

49. Jahrgang.

N 19.

Donnerstag, den 13. Februar

1902.

Im Hinblick auf die bevorstehende Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Schule wird darauf hingewiesen, daß nach dem Gesetze vom 1. November 1896, die Ehe zwischen Personen evangelischer und katholischer Glaubens betreffend, die aus gemischten Ehen kommenden Kinder an sich in der Konfession des Vaters zu erziehen sind, daß es aber den Eltern gestattet ist, durch freies Uebereinkommen vor Gericht etwas anderes für diejenigen Kinder festzusetzen, die das 6. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Wollen also Eltern ihr Kind nicht in der Konfession des Vaters erziehen, so haben sie dies nicht erst bei dessen Eintritt in die Schule, sondern bereits vor Zurücklegung des 6. Lebensjahres des Kindes in Form eines gerichtlichen Uebereinkommens zu bestimmen. Schwarzenberg, den 1. Februar 1902.

Königliche Bezirksschulinspektion.

Arug von Ridda.

Dr. Förster.

Dr.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Gasthofsbesizers **Emil Richard Drechsler in Wildenthal** wird heute am 10. Februar 1902, Vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt von Einsiedel in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **25. März 1902** bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **den 6. März 1902, Vormittags 11 1/2 Uhr** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 10. April 1902, Vormittags 11 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **25. März 1902** Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.

Die Freitag, den 14. d. M., Mittag 12 Uhr im Drechsler'schen Gasthof zu Wildenthal anstehende Versteigerung findet **nicht** statt.
Eibenstock, am 11. Februar 1902.

Der Gerichtsvollzieher beim Königlichen Amtsgericht.

Bürgerschule Eibenstock.

Anmeldung der Kleinen: **I. Abt. am 24. II. 02, nachm. 2-4 Uhr.**
II. Abt. am 25. II. 02, " 2-4 "

Vorzulegen sind der **Impfchein**, für Auswärtsgeborene außerdem **Geburts- und Taufurkunde.**

Mitteilungen über seelische und organische Eigentümlichkeiten sind erwünscht.
Am 12. II. 02.

Kändler.

Abg. Dr. Esche und die Getreidezölle.

Das notorische Abhängigkeitsverhältnis, in welches bei uns in Sachen die Nationalliberalen zu ihren konservativen Kartellgenossen gerathen sind, hat in diesen Tagen wieder eine sehr drastische Beleuchtung erhalten durch den Feldzug, den das „Vaterland“, das offizielle Organ der sächsischen Konservativen, gegen den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Esche, Vertreter des Wahlkreises Annaberg-Eibenstock eröffnet. Abgeordneter Dr. Esche hat sich nämlich soviel Selbstständigkeit im Urtheilen und Handeln bewahrt, daß er sich in einer Versammlung in Eibenstock gegen jede Erhöhung der Getreidezölle erklärte. Die Konservativen und Bündler trauten ihren Augen nicht, als sie durch die in der Presse veröffentlichten Versammlungsberichte erfuhr, daß ein nationalliberaler Abgeordneter in Sachen es gewagt hatte, wider den agrarischen Stachel zu lösen. Flugblätter wandte sich der „Konservative Verein für das Erzgebirge“ an den unbotmäßigen Abgeordneten und erucht um Aufklärung in der Hoffnung, daß Herr Dr. Esche, auch wenn damit nicht alle seine, gewiß idealen, Wünsche erfüllt werden sollten, bei der Schlussabstimmung über den Zolltarif im Reichstage nicht auf der Seite der prinzipiellen Gegner sein werde.

Mit dieser „Hoffnung“ der Konservativen sollte es offenbar Herrn Dr. Esche nahegelegt werden, sich um eine deutliche Stellungnahme herumzudrücken. Aber auch in dieser Beziehung macht der Abg. Dr. Esche eine rühmliche Ausnahme von manchen nationalliberalen Abgeordneten, denn er sandte dem genannten konservativen Verein eine klare Antwort, in welcher er über seine Stellung zur Getreidezollfrage die folgenden, sehr vernünftigen Ansichten entwickelte:

„Zunächst möchte ich bemerken, daß ich mich in Schönheide und Eibenstock (27. und 28. Oktober) über den Getreidezoll im Wesentlichen gerade so ausgesprochen habe, wie am 20. Mai in Buchholz. Wie in Buchholz, habe ich auch in Schönheide und Eibenstock nur erklärt, daß ich grundsätzlich gegen eine Erhöhung des Getreidezolles sei, deshalb gegen eine solche Erhöhung stimmen werde. Zu einer mäßigen Erhöhung würde ich mich nur dann verhalten, wenn auch trotz einer solchen Erhöhung des Getreidezolles günstige Handelsverträge mit den Vertragsstaaten abgeschlossen werden können und der Reichstag diesen Handelsverträgen nur dann zustimmt, wenn der Getreidezoll erhöht wird. Meine Darlegungen in Schönheide und Eibenstock waren nur weit ausführlicher als in Buchholz, da sie sich auf weitere Studien gründeten, die ich im Laufe des Sommerhalbjahres gemacht hatte. Sie fanden auch den ungetheilten Beifall der zahlreich besuchten Versammlungen, nicht minder die Zustimmung einer größeren Anzahl hervorragender Industrieller in Schönheide, mit denen ich mich nach der Versammlung in Schönheide zu einer vertraulichen Besprechung vereinigte. Ich habe mich auch bis jetzt nicht davon überzeugen können, daß die Erhöhung des Getreidezolles unserer Landwirtschaft wirklich auf die Dauer nützt. Dafür, daß ein hoher Getreidezoll nur einer kleinen Anzahl Großgrundbesitzer Vortheile gewährt, daß Deutschland keine zunehmende Verdüsterung schon jetzt nicht, noch weniger später mit Brodfrucht ausreichend versorgen kann, daß deshalb ein Zoll von 6 Mark auf den Doppelcentner Roggen nicht aufrecht erhalten werden kann, daß die innere Agrarkultur durch hohe Schutzzölle nicht gehoben werden kann, war ich in der Lage, mich auf die Zeugnisse gut konservativer Männer, wie des Reichstagsabgeordneten Fürsten Hohenhausen, des Grafen Limburg-Sturum, des früheren Abgeordneten Dr. Peter Reichenberger und des gemäßigten nationalschutznepherischen Volkswirthes Friedrich List berufen zu können. (Auch der preuß. Landwirtschaftsminister v. Boddieck sieht bekanntlich keine dauernde Hilfe in den Zöllen.)

Auch die Thatsachen, die vor Kurzem der württembergische Minister v. Bischof im Reichstage mittheilte, sprechen nur für meine Auffassung. Die vorgeschlagene Erhöhung des Getreidezolles halte ich aber nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen für sehr bedenklich, sondern auch aus sozialen. Sie werden mir zugeben, daß durch die vorgeschlagene Erhöhung des Zolles auf Getreide eine große Beunruhigung in breite Schichten unseres Volkes getragen worden ist. Bei Allem die Arbeitermassen, die immer mehr an Zahl und an Bedeutung gewinnen, sind erregt. Dies müssen gerade die am meisten beklagen, die, wie ich, die Verheugung unserer Arbeiter durch sozialdemokratische Agitatoren für ein großes Unglück halten und deshalb lebhaft wünschen, daß Anlaß oder Vorwand zu weiterer Beunruhigung möglichst vermieden werde.“

Ob dieser Antwort des Abg. Dr. Esche ist das konservative „Vaterland“ zornentbrannt. Das Blatt thut alle Gründe, die Herr Dr. Esche für seine Stellungnahme ins Treffen führt, mit der bequemsten Behauptung ab, sie seien „länglich widerlegt“. Dann aber wird über den nationalliberalen Abgeordneten, der nicht nach der Pfeife der Konservativen tanzen will, der Damm ausgesprochen. Das „Vaterland“ schließt nämlich seinen Artikel wie folgt:

„Die mehrere Zuschriften beweisen, hat der Brief des Abg. Dr. Esche bei einem beträchtlichen Theile seiner Wähler recht unliebsames Aufsehen erregt und nicht dazu beigetragen, die Zahl seiner Anhänger zu mehren. Bei den nächsten Reichstagswahlen wird es deshalb schwer halten, auf seine Person eine Mehrheit zu vereinigen, die dem Ansturm der Sozialdemokratie gewachsen ist. Mit dieser Thatsache darf schon heute gerechnet werden.“

Also weil ein nationalliberaler Abgeordneter in einer so tief einschneidenden Frage eine eigene Meinung zu vertreten wagt und nicht in Demuth vor den Konservativen und Bündlern gehoramsamt ertrifft, deshalb wird er von diesen seinen Kartellfreunden in Acht und Bann gethan. Das gefühlte Wort: „Wer nicht parirt, liegt!“ hat — wenn das des Landes so Brauch ist — nirgendes mehr Bedeutung, als in dem säch. Kartell, in welchem in der Mehrzahl der Fälle die Nationalliberalen als Strigbügelhalter fungiren. Wann werden unsere Nationalliberalen dieser wenig beneidenswerthen Rolle einmal überdrüssig werden und sich auf ihre liberale Vergangenheit besinnen?“

Das Parteiorgan der sächsischen Nationalliberalen, die „Sächs. Natl. Kor.“ tritt über die Drohung des konservativen „Vaterlands“ mit der folgenden ziemlich zahmen Entgegnung:

„Dieser Hirtwig (des „Vaterland“) wird wohl bei allen ruhigen Politikern Mißbilligung finden; denn heute weiß noch Niemand, ob Herr Dr. Esche im Jahre 1903 wieder kandidiren will. Wenn das aber der Fall sein sollte, so werden die Konservativen die letzten sein, welche ihn daran werden hindern können. Die Nationalliberalen werden sich bei der Aufstellung ihres Kandidaten von dem Grundsatz: „res tua agitur“ durch konservative Annahmen und Uebergriffe nicht abbringen lassen. Das „Vaterland“ braucht sich jetzt noch nicht darüber den Kopf zu zerbrechen, was nach anderthalb Jahren im 21. Wahlkreise geschehen wird. Es soll andere dafür sorgen lassen, daß die Interessen der Allgemeinheit dort am besten gewahrt werden.“ (Zweit. Tagbl.)

Tagesgeschichte.

— Deutschland. In Potsdam fand am Sonntag die Jubelfeier des Tages statt, an dem vor fünfundsiebzig Jahren der Kaiser in den aktiven Dienst des ersten Garderegiments zu Fuß eingetreten ist. Eine Deputation ehemaliger Angehöriger des Regiments überreichte dem Kaiser ein Geschenk, welches in einer etwa 40 Centimeter hohen Nachbildung des Regimentsdenkmals auf dem Schlachtfelde von St. Privat aus Marmor

und Silber besteht. Anlässlich des Jubeltages ist eine Reihe von Auszeichnungen und Beförderungen erfolgt. Prinz Eitel Friedrich wurde zum Oberleutnant befördert.

— Im Reichshofamt wird nach der „N.-B. Ztg.“ mit besonderer Beschleunigung ein Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1901 ausgearbeitet, durch den die Auszahlung aller auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegstheilnehmer vom 1. Januar 1902 ab herbeigeführt werden soll. In diesem Gesetze wird den Kriegstheilnehmern von 1870/71, denen nur ein Jahr Kriegstheilnahme in Rechnung gestellt werden konnte, eine Ergänzung im Gnadenwege gewährt. Ferner werden alle Kriegstheilnehmer auch von 1866 und 1864, die sich jetzt im Stande der Erwerbsunfähigkeit befinden, dauernd unterstützt (120 Mark jährlich). Endlich werden den Hinterbliebenen von im Dienst und auch zu Friedenszeiten Verstorbenen Beihilfen gewährt. Bisher reichten zur Erfüllung dieser Versprechungen die vorhandenen Geldmittel nicht aus. Der nun ausgearbeitete Nachtragsetat entspricht einem Antrage, den der Abg. Dr. Arendt mit Unterstützung von Mitgliedern verschiedener Fraktionen am 16. Januar im Reichstage eingebracht und den der Reichstag in der Sitzung am 20. Januar ohne jede Erörterung einstimmig angenommen hatte. Es wird, da es sich nur um das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1902 handelt, nicht mehr als eine Summe von rund 300 000 Mark gefordert werden. Der Nachtragsetat soll dem Reichstage bereits Ende dieser Woche zugehen.

— Belgien. Brüssel, 11. Februar. Als die sozialistischen Deputirten heute das Kammergebäude verließen, wurden sie von Manifeftanten umringt und mit lauten Zurufen begrüßt. Dann zog eine große Schaar sozialistischer Anhänger vor die Redaktion des Sozialistenblattes „Le Peuple“. Der sozialistische Deputirte Van der Velde trat ans Fenster und richtete folgende Worte an die Menge: Wenn heute ein Tag der Aufregung ist, so wird binnen einigen Tagen, wenn die Kammer sich darauf vertheilt, das allgemeine Stimmrecht zu verweigern, Revolution sein. Die Menge brach in Beifallsrufe aus und wandte sich dann nach den inneren Boulevards.

— Südafrika. Mit ungeheurer Spannung, die durch den ergebnislosen Verlauf des niederländischen Vermittelungsanerbietens noch weiter gesteigert war, hatte man in England auf die Nachricht gewartet, das Dewet, in dem man mit Recht die Seele des andauernden Widerstandes sieht, der Einschließungstaktik Lord Kitcheners zum Opfer gefallen sei. Damit wäre die Ablehnung der Vermittelung mehr als gerechtfertigt und die Herstellung des Friedens bis zur Krönung König Eduards so gut wie gesichert gewesen. Jetzt ist, wie wir bereits in letzter Nummer telegraphisch gemeldet, die langerbtehte Entscheidung gefallen, aber das diesmal in der That groß angelegte Einschließungsmandat ist mißglückt, und die Streitmacht Dewets ist, freilich nicht ohne starke Verluste, aus dem Dreieck von Blokhautlinien Heilbron-Lindley-Kroonstad, in das sie von Osten hineingepreßt worden war, ausgebrochen. Dewet selbst ist mit wenigen Leuten nach Osten oder Süden — die Meldungen widersprechen sich — durchgebrochen. Die Enttäuschung ist für die Engländer umso unangenehmer, als Lord Kitchener, wie es scheint, selbst den Oberbefehl bei der Aktion führte. Die Buren haben allerdings außer vielen Pferden und Vieh einige Hundert Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen eingebüßt, aber Dewets Streitmacht wurde auf 2000 Mann geschätzt, es ist also der weitaus größte Theil derselben der Vernichtung entgangen. Noch schlimmer ist es, daß der Mann, der eine ganze Armee aufwiegt, daß der „schwarze Christian“ sich hat in Sicherheit bringen können. Nun kann der Tanz wieder von vorne angehen.